

EUROPÄISCHE AUSSENPOLITIK IM JAHR 2027: BEREIT FÜR DAS UNERWARTETE

RISIKEN UND LÖSUNGSANSÄTZE

Vor welchen Risiken könnte die Europäische Union (EU) im Jahr 2027 stehen? Angesichts interner Spannungen und der internationalen geopolitischen Entwicklungen muss die EU ihre Rolle in der Welt neu definieren und zugleich ihr Kernprojekt stärken. Die europäische Integration umfasst alle Ebenen europäischer Politik, die damit verbundenen Risiken betreffen daher stets die EU in ihrem Ganzen. Der Vertrag von Lissabon hat im Jahr 2009 unterschiedliche Instrumente zur Stärkung und Koordinierung der europäischen Außenpolitik eingeführt. Letztere steht jedoch vor wachsenden internen wie externen Herausforderungen. Diese sind so umfassend, dass sie langfristig Europas Fähigkeit in Frage stellen, die eigenen außenpolitischen Interessen zu definieren und zu verteidigen. Die Entscheidungsträger der EU müssen daher bestehende Risiken analysieren und Vorsichtsmaßnahmen treffen.

In diesem Bericht erarbeiten 30 junge Deutsche, Franzosen und Polen mit unterschiedlichen Berufsprofilen Szenarien, wie die EU auf zentrale außenpolitische Risiken reagieren könnte.

Einige Aspekte finden dabei keine Beachtung, da sie entweder bereits im Fokus europäischer Entscheidungsträger stehen oder aber, weil sich die Positionen der Workshop-Teilnehmerinnen und Teilnehmer in diesen Punkten als zu heterogen erwiesen haben. Die größten Herausforderungen waren es zum einen, Bedrohungen zu erkennen, denen bislang nur geringes Interesse zuteilwurde und die noch kaum Gegenstand der Analyse waren, zum anderen, Risiken zu identifizieren, die uns in unserem Alltagsleben so selbstverständlich erscheinen, dass wir ihnen kaum Beachtung schenken.

Einige Szenarien (z.B. „Sandkriege“) übersteigen zudem unsere Expertise und bedürfen einer tiefergehenden Auseinandersetzung. Eine Analyse möglicher Wechselwirkungen zwischen Szenarien macht außerdem deutlich, dass Risiken wie Datenmanipulation und Ressourcenknappheit langfristige Entwicklungen darstellen, die einer kontinuierlichen Beobachtung und Beurteilung bedürfen. Das Szenario des wachsenden Populismus schließlich, scheint durch andere Szenarien zusätzlich verstärkt zu werden, beispielsweise, wenn Populisten sich negative Aspekte der EU-Außenpolitik für ihre Kampagnen zu Nutze machen.

In einer Welt, in der Propaganda und *Fake News* um sich greifen, entbrennt ein Kampf um die Wahrheit: Die Autorinnen und Autoren appellieren daher an die EU und ihre Mitgliedstaaten, sich für mehr Transparenz und eine verbesserte Kommunikation einzusetzen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den EU-Institutionen zu stärken. Dies ist eine wichtige Vorbedingung, um Strategien für eine gegenüber Risiken resiliente EU zu entwickeln. Wenn sie die fünf im Folgenden vorgestellten Risiken beobachtet und Vorsorge- bzw. Notfallmechanismen entwickelt, kann sie ihre Problemlösungsfähigkeit verbessern und stärkere Identifikation mit Mitgliedstaaten und einer aktiven Zivilgesellschaft erreichen.

CYBERATTACKEN AUF DIE EUROPÄISCHE INFRASTRUKTUR

DEFINITION

Unter einer Cyberattacke verstehen wir jede Art von – üblicherweise anonym durchgeführten – Angriffen auf IT-Systeme, Computernetzwerke oder Heimcomputer durch unterschiedliche Arten von Schadsoftware. Computernetzwerke sind in unserem Alltagsleben allgegenwärtig. Das ermöglicht sowohl staatlich gesteuerte als auch von kriminellen Organisationen, kleineren Gruppen oder Einzelpersonen durchgeführte Cyberangriffe. Je nach Urheber werden die Attacken daher als Cyberkampagne, Cyberkriegsführung oder Cyberterrorismus bezeichnet.

MÖGLICHE AUSWIRKUNGEN

- Cyberattacken bergen eine Vielzahl von Risiken: von Auswirkungen auf die Infrastruktur infolge einer Manipulation von IT-Systemen, eingeschränkter politischer Handlungsfähigkeit, einem Verlust von Reputation und Leadership bis zu daraus resultierenden diplomatischen, wirtschaftlichen und humanitären Krisen.
- Staatlich gesteuerte Cyberattacken richten sich insbesondere gegen die Infrastruktur und erlauben eine maximale Wirkung auf das Leben von Millionen von Menschen mit nur minimalem Ressourceneinsatz.
- Industriesteuerungssysteme, Energie- und Finanzinfrastruktur, Telekommunikation, Transport- und Wasserinfrastruktur werden zum Ziel für Cyberterrorismus und Cyberkriegsführung.

SZENARIO

Hacking-Angriff auf das EU-Finanzsystem: Game over für die europäische Wirtschaft?

Der 1. Januar 2025 sollte die Geburtsstunde der Vereinigten Staaten von Europa sein und den Tag der Vollendung der Europäischen Bankenunion markieren. Cyberattacken auf die europäischen Finanzmärkte jedoch haben zu europaweitem Chaos geführt und die europäische Wirtschaft in Gefahr gebracht. Übereilte und unkoordinierte Nationalisierungsmaßnahmen konnten die folgende Wirtschaftskrise nicht verhindern und die europäischen Politiker sind sich nach wie vor uneinig, wie sie diesen Krieg gegen Unbekannt gewinnen können.

Für Cyberexperten war diese Entwicklung lediglich eine Frage der Zeit: Der digitale Binnenmarkt hat zu einer nahezu bargeldlosen Gesellschaft geführt, *Blockchain* basierte Transfers sind zum integralen Bestandteil unserer Wirtschaft und unseres Alltagslebens geworden. Dank rascher Fortschritte in der Erforschung Künstlicher Intelligenz wird ein Großteil der Finanzanlagen durch Algorithmen gesteuert. Zugleich birgt die wachsende Schlagkraft von Cyberwaffen große Risiken, die bislang völlig unterschätzt werden.

Die tatsächlichen Ursachen der Krise sind immer noch unklar. Europas Regierungen wissen lediglich, dass ein bedeutender externer Akteur in die Bankennetzwerke der EU eingedrungen ist und die durch Künstliche Intelligenz gesteuerten Fonds und Investoren mit gefälschten Daten in die Irre geführt hat. Dies führte zu extensiven An- und Verkäufen, die einen Finanzakteur nach dem anderen

in den Ruin trieben. Der tiefgehende Vertrauensverlust führte schließlich zu einem Ansturm auf die Banken und letztendlich zu einem Zusammenbruch des europäischen Finanzsystems.

Schnell geriet die Krise außer Kontrolle und führte zu zahlreichen nationalistischen Reaktionen. Eine gemeinsame europäische Antwort auf die Krise fehlt nach wie vor, ebenso wie Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten.

POLITIKEMPFEHLUNGEN

- ⇒ Die gesamte **IT-Infrastruktur** – öffentlich und privat – muss **dupliziert, dezentralisiert und verschlüsselt** werden, um sie besser gegen Cyberattacken zu schützen. Die staatlichen Institutionen müssen Notfallinstrumente entwickeln, die analog und offline funktionieren, und ihre **Expertise im Bereich der Cyberabwehr** stärken.
- ⇒ **Öffentliche und private Akteure** müssen **auf europäischer Ebene enger zusammenarbeiten**, um die Vorteile der Flexibilität des Privatsektors und der gesetzgeberischen Autorität des Staates gleichermaßen zu nutzen. Dafür müssen **Kommunikationskanäle ausgebaut** und Anreize für gemeinsame Projekte geschaffen werden.
- ⇒ Darüber hinaus bedarf es **alternativer Instrumente für Finanztransaktionen**, um die Abhängigkeit von den bisherigen Systemen zu verringern und die Auswirkungen potenzieller Störungen abzufedern.
- ⇒ Private wie öffentliche Akteure müssen gleichermaßen ihre **IT-Kompetenz stärken**. Besonders wichtig ist dies in ökonomischen Schlüsselsektoren wie der Finanzindustrie. Dort müssen intelligente Sicherheitsmechanismen in den Finanzalgorithmen eine Notabschaltung auslösen können.
- ⇒ Für derartige Weiterentwicklungen ist eine **EU-Gesetzgebung** unabdingbar. Diese würde die gesamte EU stärken.

WACHSENDER POPULISMUS IN DEN EU-MITGLIED-STAATEN

DEFINITION

Populismus kann zahlreiche Formen annehmen, immer aber bezieht er sich auf sein Kernkonzept, das „Volk“, das als „moralisch gutes“ und eher homogenes Kollektiv verstanden wird. „Das Volk“ wird dabei gleichzeitig zum Adressaten und zum Gestalter von Politik. Ein zentrales Element des Populismus ist die Abgrenzung des „wahren Volkes“ von „Eliten“ und dem „Establishment“, denen vorgeworfen wird, die Sorgen des Volkes zu missachten und dessen Interessen nicht zu vertreten. Als weitere Abgrenzung kommt die Distanzierung von „Anderen“, von Immigranten und religiösen Gruppen hinzu, die als Bedrohung der eigenen Gemeinschaft wahrgenommen werden.

MÖGLICHE AUSWIRKUNGEN

- Die Verbreitung populistischer Ideen und der Vertrauensverlust in politische Institutionen stärken antieuropäische Positionen und Forderungen nach einem Rückzug aus der EU. Populismus findet in öffentlichen Debatten und Wahlergebnissen Ausdruck. Die Zersplitterung der Medienlandschaft, Polarisierung in sozialen Netzwerken und *Fake News* spielen dieser Entwicklung in die Hände.
- Die EU verliert ihre normative Macht in den Bereichen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Gleichheit. Damit sinkt ihre Glaubwürdigkeit unter Bürgern und im internationalen Kontext.
- Die EU zeigt sich intern geschwächt und verliert zunehmend ihre Verhandlungsmacht. Regierungen ziehen bilaterale Verhandlungen vor. In den internationalen Beziehungen spielt die EU eine immer geringere Rolle.
- Wenn populistische Regierungen sich auf nationale Positionen besinnen oder etablierte Parteien populistische Strategien nutzen, um Wähler zu gewinnen, gefährdet dies die Unterstützung für EU-Interessen und führt zu einer Fragmentierung und institutionellen Lähmung der EU.
- Ressentiments gegenüber Fremden nehmen zu, das Konzept des Pluralismus wird zunehmend ausgehöhlt.

SZENARIO

Die Sozialdemokratie übernimmt populistische Positionen um Wähler zurückzugewinnen

2027: Zwei Jahre vor der Bundestagswahl überarbeitet die SPD ihr Parteiprogramm. Nach einer historischen Niederlage bei den Wahlen 2025 erreicht die ehemalige Volkspartei in Umfragen nur noch acht Prozent, während die populistische AfD und die „Neue Autonome Linke“ als stärkste Kräfte aus den Wahlen hervorgegangen sind. Die Vorgängerregierungen hatten soziale Fragen eher in den Hintergrund gestellt und wenig in Bildung investiert. In Folge des Niedergangs der Autoindustrie, des Verlusts der deutschen Vorreiterrolle im Technologie- und Digitalsektor und der wachsenden Ausgaben für Pflege, Gesundheit und Altersversorgung durch den demografischen Wandel steckt die

deutsche Wirtschaft in einer tiefen Krise. Hohe Einwanderung hält an und fremdenfeindliche Ressentiments nehmen zu.

In den meisten europäischen Ländern liegen populistische Parteien an der Spitze, andere haben sich dem Druck von Extrempositionen des politischen Spektrums gebeugt und populistische Positionen übernommen. Die SPD folgt diesem Beispiel und verabschiedet ihr neues Manifest „Gerechtigkeit für die deutsche Arbeiterklasse“. Das Programm soll Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland vor den negativen Auswirkungen von Globalisierung und Kapitalismus schützen. Zugleich kritisierte es die Eliten dafür, die Wirtschaftsintegration für eine Ausbeutung der unteren Schichten genutzt zu haben und fordert protektionistische Maßnahmen. Der freie Güter- und Kapitalverkehr wird abgelehnt, stattdessen werden Deutschen und anderen Arbeitnehmern, die mindestens 15 Jahre lang Beiträge für das deutsche Sozialsystem geleistet haben, umfassende Sozialmaßnahmen in Aussicht gestellt. Damit Deutschland seine Souveränität zurückerlangt, zieht die SPD einen Austritt aus der Eurozone und eine Verschärfung der Asylregelungen nach dem Vorbild von Österreich, Dänemark, Frankreich und den osteuropäischen Staaten in Betracht.

POLITIKEMPFEHLUNGEN

- ⇒ Um die **partizipative Demokratie** zu stärken, sollten **lokale Bürgerräte** eingerichtet werden. Zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger sollten einen bestimmten Anteil der Berufspolitiker in gesetzgebenden Vertretungen wie z.B. dem Senat in Frankreich und dem Bundesrat in Deutschland ersetzen.
- ⇒ Nationale und europäische **Institutionen** müssen **transparenter** werden und den Zugang zu den Sitzungen von Parlamentsausschüssen z.B. über Video-Streams erleichtern. Die Parlamente sollten ein Veto-Recht bei Vergabe der Regierungsämter erhalten.
- ⇒ Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen **politische Bildung** und das kritische Denken **junger Menschen fördern**. Die Parteien sollten verstärkt junge Menschen in ihren Reihen unterstützen und ihren Ideen Beachtung schenken.
- ⇒ Die Europäische Kommission sollte **Austauschprogramme** fördern und **ausweiten**: Mindestens 80 Prozent einer Generation sollten sechs Monate im Ausland gelebt haben.
- ⇒ Programme zur Förderung **transnationaler zivilgesellschaftlicher Initiativen** (z.B. das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“) sollten ausgeweitet werden. Die **Investitionen in Sozialpolitik** sollten erhöht und die Entwicklung einer **europäischen Sozialpolitik** vorangetrieben werden.
- ⇒ Zur Wahl des Europäischen Parlaments sollten **transnationale Wahllisten** und **Programme** vorliegen.

MIGRATION NACH EUROPA

DEFINITION

Der Begriff Migration beschreibt die Bewegung von Menschen von einer Region oder einem Land in ein anderes, mit dem Ziel, sich dort zumindest zeitweise niederzulassen. Sollte weiterhin kein gemeinsamer Politikansatz im Themenfeld Migration entwickelt werden, wird sich die stete Zunahme irregulärer Migration aus Afrika nach Europa zu einem der Hauptrisiken für die gemeinsame europäische Außenpolitik entwickeln.

MÖGLICHE AUSWIRKUNGEN UND FOLGEN

- Der Zusammenbruch des Dublin 3+ Abkommens, das 2019 verabschiedet wurde, löst einen unkoordinierten Zustrom von Flüchtlingen in wirtschaftlich stabile Länder aus. Die Hauptankunftsländer Spanien, Italien und Griechenland haben keine ausreichenden Kapazitäten, um die Einwanderung zu kontrollieren.
- Infolge von Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums werden die Menschen in den Erstantunftsändern oder in den Transitländern festgehalten. Die restriktiven Grenzregime behindern die Reisefreiheit der EU-Bürgerinnen und Bürger und bedeuten de facto das Ende des Schengen-Abkommens.
- Das Versagen der EU-Außenpolitik bei dem Versuch, Entwicklungsländer durch wirtschaftliche Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zu stabilisieren, lässt die Zahl der Migranten steigen.
- Innerhalb der EU wachsen die Ressentiments gegenüber Ausländern.

SZENARIO

2027: Nigeria ist das neue Syrien

Mit einer Bevölkerungszahl von 250 Millionen ist Nigeria das mit Abstand bevölkerungsreichste Land Afrikas. Die Hälfte der Einwohner ist unter 15 Jahre alt und Millionen von ihnen werden versuchen, nach Europa zu gelangen. Ein Zusammenwirken politischer, religiöser, ethnischer und wirtschaftlicher Konflikte führt zu einer dauerhaften Krisensituation, die große Teile der Bevölkerung vertreibt.

Die nigerianische Wirtschaft ist im freien Fall und kann die dringend benötigten Arbeitsplätze nicht zur Verfügung stellen. Mehr als 90 Prozent der Exporterlöse des Landes stammen aus dem Erdölexport, doch der Rohstoff verliert immer mehr an Wert. Seit Jahrzehnten stagniert das Wachstum jenseits des Erdöl-Sektors, sodass einer ganzen Generation die beruflichen Perspektiven fehlen.

Der Weg nach Europa führt diese jungen Menschen über Libyen, dessen Aufnahmekapazitäten in den Flüchtlingslagern schon seit Langem erschöpft sind. Angesichts der dort zerfallenden Staatsstrukturen werden die Flüchtlinge nicht länger durch eine funktionierende Grenzsicherung aufgehalten. Die Europäische Union hat ihre Zusammenarbeit mit lokalen Kräften auf Eis gelegt, die libysche Küstenwache ihre Patrouillen eingestellt. In der Folge erreichen Millionen von Migranten die europäischen Mittelmeerküsten.

Diese Flüchtlingsbewegung bedeutet eine extreme Belastung für die innereuropäischen Beziehungen und die Abkommen Schengen und Dublin 3+. In den vergangenen Monaten haben die Mitgliedstaaten mit EU-Außengrenzen die Dublin-Mechanismen zeitweise ausgesetzt. Auch Abschiebungen in die Ersteinreiseländer wurden vorübergehend eingestellt, da die dortigen Aufnahmelager immer häufiger nicht den humanitären Standards entsprechen. Die Europäische Migrationspolitik erweist sich als gescheitert und die Staaten kehren zu dauerhaften Grenzkontrollen zurück: Das Schengener Abkommen ist Geschichte.

POLITIKEMPFEHLUNGEN

- ⇒ Die EU-Mitgliedstaaten müssen eine **Zusammenarbeit** mit den **Sahel-G5-Staaten** aktiv **vorantreiben**.
- ⇒ Die Europäische Union muss **legale Wege der Zuwanderung verbessern** (Asylantrag, Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen), sodass irreguläre Migration eingedämmt wird. Eine Möglichkeit hierzu sind humanitäre Visa.
- ⇒ Die Europäische Union muss **Fluchtursachen bekämpfen**, indem sich die Entwicklungszusammenarbeit stärker auf wirtschaftliche Entwicklung konzentriert, sodass Arbeitsplätze und Perspektiven für junge Menschen geschaffen werden.
- ⇒ Sowohl auf EU-Ebene als auch in den Mitgliedstaaten muss den **unterschiedlichen Ursachen** für Migration, wie Klimawandel, Kriminalität, ethnische und religiöse Konflikte, **mehr Aufmerksamkeit** geschenkt werden.

DER AUFSTIEG NEUER AKTEURE UND NETZWERKE

DEFINITION

Bei sogenannten neuen Akteuren handelt es sich in der Regel um identitätsstiftende globale Netzwerke, die neu in Erscheinung treten und entweder klare politische oder aber verborgene individuelle Ziele verfolgen. Die Organisation dieser Netzwerke ist zumeist diffus, sie stellen keine juristische Person dar und lassen sich häufig geografisch nicht klar verorten. Damit sind diese neuen Akteure besonders flexibel, agieren anonym und sind für traditionelle Akteure schwer greifbar. Als Beispiele lassen sich die internationale Hacker-Gruppe „Anonymous“, die Non-Profit-Organisation „Wikileaks“ oder auch die Terrorgruppe „IS“ nennen. Neue Akteure und Netzwerke stellen die EU-Außenpolitik vor vielfältige unvorhersehbare Herausforderungen.

MÖGLICHE AUSWIRKUNGEN

- Neue Akteure können die öffentliche Meinung beeinflussen.
- Ihr Handeln kann Auswirkungen auf die grundlegende Infrastruktur der EU haben.
- Sie können demokratische Institutionen unterwandern oder aber Oppositionsparteien und politischen Bewegungen in autoritären Staaten neue Möglichkeiten eröffnen.
- Da viele dieser Netzwerke global agieren und geografisch kaum zu verorten sind, stellen sie sowohl eine interne wie auch eine externe Bedrohung für die EU dar. Damit verschwimmt die Grenze zwischen Innen- und Außenpolitik und Verantwortlichkeiten sind schwieriger zu klären. Die Netzwerke sind zudem komplex aufgebaut und ihre Entwicklung ist nur schwer vorhersehbar, sodass traditionelle Mechanismen zur Krisenbewältigung nicht länger greifen.
- Die neuen Netzwerke folgen keinen rechtstaatlichen Prinzipien und entziehen sich traditionellen Justizsystemen. Damit werden etablierte rechtliche Instrumente wirkungslos. Adäquate Verfahren fehlen jedoch bislang und verhindern jede Art von schneller Reaktion auf dynamische Entwicklungen.
- Die grundlegende Infrastruktur der Mitgliedstaaten (Transport, Energie, Wasserversorgung, digitale Infrastruktur) ist in besonderem Maße bedroht.
- Langfristig verlieren die Staaten ihre Reaktionsfähigkeit. Damit gehen auch nationale Souveränität und demokratische Legitimität verloren, was den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt schwächt und Extremismus fördert. Für die EU wird es zunehmend schwierig, international mit einer Stimme zu sprechen.
- Es ist sehr wahrscheinlich, dass neue Gesetze zum Datenschutz die bürgerlichen Freiheiten weiter einschränken.

SZENARIO

Verborgen in den Tiefen des Internets: Die Hilflosigkeit der EU-Entscheidungsträger

In fünf europäischen Hauptstädten werden im Februar 2027 zeitgleich schwere Terroranschläge verübt. Kein Terrornetzwerk übernimmt dafür die Verantwortung. Offenbar haben die Terroristen unterhalb des Radars von Polizei und Geheimdiensten agiert. In allen EU-Mitgliedstaaten wird der Ausnahmezustand verhängt, es gilt die höchste Terrorwarnstufe. Mobilität und Handel sind dadurch

stark eingeschränkt. Bürgerwehren zum Schutz der Wohnviertel entstehen. Die Täter haben ihre Taten im *Darknet* geplant und anonyme Kommunikationswege genutzt. Die Behörden sind hilflos. Die Anschläge erinnern in ihrem Ausmaß an den 11. September und wirken als Weckruf für die europäischen Entscheidungsträger, gemeinsam gegen derartige neue, agile Terrornetzwerke vorzugehen.

Über Jahre wurden zudem wichtige Datenbanken des öffentlichen Sektors manipuliert, was in Frankreich im September 2027 zu einem Datenverlust historischen Ausmaßes geführt hat. Schadsoftware hatte über einen Zeitraum von sechs Jahren Änderungen an Namen und Daten in den Datenbanken des französischen Außenministeriums vorgenommen. Da die Manipulationen kontinuierlich über einen längeren Zeitraum geschahen, fielen sie erst spät auf. Der Verdacht besteht jedoch, dass Künstliche Intelligenz genutzt wurde, um den Anschein zufälliger Veränderungen zu erwecken. Da die älteste Backup-Version aus dem Jahr 2021 bereits betroffen sein könnte und im Zuge der Strategie „Papierlose Regierung“ alle Daten im Jahr 2018 digitalisiert worden waren, existiert keine verlässliche Datenbank mehr.

POLITIKEMPFEHLUNGEN

- ⇒ **Geheimdienste und Polizei** müssen innerhalb der EU und mit Drittländern **besser zusammenarbeiten**.
- ⇒ **Entscheidungsträger** müssen in ihrem **Denken flexibler** und potenzieller Gefahren durch kriminelle Netzwerke in unterschiedlichen Politikfeldern besser gewahr werden.
- ⇒ Im Rahmen der EU-Außenpolitik muss **mehr transdisziplinäre und transnationale Expertise** entwickelt werden, einen „brain drain“ gilt es zu verhindern.
- ⇒ Wir brauchen **Notfallübungen** mit allen Bürgerinnen und Bürgern, Radikalisierungsprävention, eine bessere Integration von Minderheiten, soziale Integration und soziale Mobilität.
- ⇒ Die Behörden müssen die **Aktivitäten von Netzwerken** systematisch **überwachen**.
- ⇒ **Digitale Infrastruktur** im öffentlichen wie im privaten Sektor muss **stärker dezentralisiert** werden.

ABHÄNGIGKEIT VON NATÜRLICHEN RESSOURCEN

DEFINITION

Natürliche Ressourcen werden hier als natürliche, biologische und geologische Elemente definiert, die nötig sind, um die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen und das soziale und ökonomische System am Laufen zu halten. Obwohl die Industrienationen Hauptverbraucher dieser Rohstoffe sind, haben sie kaum Maßnahmen ergriffen, alternative Stoffe zu entwickeln. Infolge der ungleichen weltweiten Verteilung natürlicher Ressourcen stehen die EU-Mitgliedstaaten in einem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber Drittstaaten und dem Privatsektor.

MÖGLICHE AUSWIRKUNGEN

- Ressourcenkriege unterschiedlicher Konstellation und Intensität brechen aus.
- In der Bevölkerung steigt der Unmut und es entstehen öffentliche Unruhen in Folge steigender Preise, Stellenabbau durch den Niedergang ganzer Produktionszweige und Einschränkungen der Produktvielfalt in der EU.
- Unilaterale Handelsabkommen (offen oder geheim) besiegeln das Ende des Binnenmarkts. Möglicherweise verlassen weitere Länder die EU.
- Die Verschlechterung von Produktionsbedingungen (Land, Infrastruktur, Expertise) erhöht die Abhängigkeit von Drittstaaten zusätzlich.
- Das gesamte Ökosystem leidet unter einer ungesteuerten Ausbeutung.

SZENARIO

Krieg um Sand entlang der europäischen Küsten

Bis vor kurzem bildeten Sand und Kies mit 85 Prozent den größten Anteil an den weltweit jährlich geförderten Rohstoffen. Sand wird für die Herstellung von Beton, Glas und Elektronik sowie den Bau von Straßen benötigt. Im Allgemeinen gilt Sand nicht als seltener Rohstoff und unterliegt daher keinen internationalen Abkommen und Konventionen.

Die gestiegene Nachfrage in Asien – vor allem für die schnelle Urbanisierung in China – hat jedoch den Druck auf die EU und die USA erhöht, die Produktion und den Export zu steigern. Seit 2010 haben Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande und Belgien, die gemeinsam mit den USA die wichtigsten Produzenten und Exporteure von Sand darstellen, auf die gestiegene Nachfrage reagiert und den Sandabbau an Küsten und Flüssen gesteigert.

Lokale Behörden und Nichtregierungsorganisationen kritisieren diese Entwicklung heftig und fordern von der EU eine Beschränkung der Ausbeutung der Sandvorkommen. Sie warnen vor den Folgen für das europäische Ökosystem und den Überschwemmungs- sowie Trinkwasserschutz für Städte weltweit. Als mögliche Folgen der erhöhten Ausbeutung nennen sie den Verlust der Biodiversität, Versalzung und eine erhöhte Anfälligkeit der Küstenregionen bei Sturm. Es besteht daher der dringende Bedarf, die Sandindustrie im Rahmen einer UN-Sandkonvention zu regulieren.

POLITIKEMPFEHLUNGEN

- ⇒ Die EU muss das Ziel der **Ressourcensouveränität** als Bestandteil ihrer Außenpolitik anerkennen und Kapazitäten in der Agrarproduktion zur strategischen Ressource und zu einem vergemeinschafteten Gut erklären.
- ⇒ Das Konzept der **Multidiversifikation**, das auch Bodenschätze aus der Arktis und aus dem Weltraum betrifft, muss ausgeweitet werden: Ressourcen-Mix und diversifizierte Nutzung von einem Rohstoff, um zu starke Lobbyinteressen und Abhängigkeit von bestimmten Lieferanten, Routen und Transportwegen zu vermeiden.
- ⇒ Staatliche Stellen müssen **demokratisch legitimierte Notfallmaßnahmen** im technischen, logistischen, administrativen und möglicherweise auch militärischen Bereich entwickeln, um die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Um unsere extrem vernetzten und leicht zu verunsichernden Gesellschaften zu beruhigen, müssen das Bewusstsein für bestehende Gefahren geschärft und die **mentale Belastbarkeit erhöht** werden.
- ⇒ **Im internationalen Rahmen** müssen sich die Regierungen bemühen, alle internationalen Akteure **in einen Prozess** einer nachhaltigen Kompromissfindung **einzubinden** und ein **globales, gemeinsames Problembewusstsein** zu schaffen. Vertrauensbildung und Kompromissfindung sind dafür essentiell.
- ⇒ Die EU muss sich dafür einsetzen, **Biodiversität als öffentliches Gut** anzuerkennen, und eine Liste der gefährdeten und aktuell vom Aussterben bedrohten Tier- und Pflanzenarten anlegen.
- ⇒ Wir müssen uns um einen **bewussteren Energieverbrauch** bemühen.
- ⇒ Alle EU-Staaten müssen gezielte Maßnahmen zur **Steigerung der Ressourceneffizienz** und im Recycling-Bereich umsetzen. Gemeinsame Recycling-Ziele könnten zu besseren Ergebnissen führen als ein regulatorischer Ansatz.

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Marysabelle Cote | Vivien Croes | Jakobine von Freytag Loringhoven | Daniela Heimpel
 Hendrik Herkert | Kristina Karnahl | Klemens Kober | Malwina Ewa Kołodziejczak | Corinne
 Kowalski | Aneta Krzyworzeka-Jelinowska | Jacek Kubera | Benjamin Kurc | Agnieszka
 Lichnerowicz | Hanna Luczkiewicz | Maia Mazurkiewicz | Katarzyna Nowicka | Nina
 Ohlmeier | Sophie Pornschlegel | Adam Konrad Puczejda | Lorraine Puzin | Raphael Rauch
 Robert Riemann | Jean Michel Romano | Chloé Saby | Max Schulze | Cara Catharina Stauss
 Charles Thépaut | Pawel Zerka

BEARBEITUNG & LEKTORAT: Katja Borck (Cerfa, IFRI)
 Julie Hamann (DGAP)

ÜBERSETZUNG: Katrin Sold

ÜBER DEN DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN ZUKUNFTSDIALOG

Seit 2007 bringt der **Deutsch-Französische Zukunftsdialog** Nachwuchsführungskräfte aus beiden Ländern zusammen, um aktuelle Themen europäischer Politik zu diskutieren und ein nachhaltiges Netzwerk zu begründen. Um den deutsch-französischen Austausch auch anderen Partnern zu öffnen, ist der Zukunftsdialog seit 2014 in einem jährlich wechselnden Partnerland zu Gast. 2017 war Polen unser Partnerland.

Im Rahmen eines *Foresight-Workshops*, der sich über drei Seminare in Nantes, Nürnberg und Warschau erstreckte, erarbeiteten die TeilnehmerInnen eine **Risikoanalyse europäischer Außenpolitik**. Johannes Gabriel (*Foresight Intelligence*) konzipierte den Workshop. Das Seminar in Polen wurde vom *Polish Institute of International Affairs (PISM)* unterstützt.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage unter www.zukunftsdialog.eu.



Das Projekt wird gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (**DGAP**) und dem Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (**Cerfa**) des Französischen Instituts für Internationale Beziehungen (**Ifri**) organisiert und von der **Robert Bosch Stiftung** gefördert.